

Hintergrund

VERROHT DIE GESELLSCHAFT?

► Hassbotschaften im Netz bedrohen Meinungsfreiheit und -vielfalt. 47 Prozent der befragten Internetnutzer beteiligen sich wegen Hassrede seltener an Online-Diskussionen, ergab eine Studie der Kampagnen-Plattform Compact und des Instituts für Demokratie. So veränderten Beschimpfungen die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität und bereiteten den Nährboden für Gewalt außerhalb des Internets. 72 Prozent der Befragten sorgten sich, dass die Gewalt im Alltag durch Hassrede zunimmt. Doch oft trifft die Hetze Politiker oder Funktionäre, die sich diesen Botschaften nicht so leicht entziehen können. Wie sollen sie damit umgehen?

Tauber löst Debatte aus

WIESBADEN (dpa/tz). Verfassungsfeinden sollten bestimmte Grundrechte entzogen werden – mit dieser Forderung sorgte jüngst der CDU-Politiker Peter Tauber für Aufsehen. Dieser Rückgriff auf Artikel 18 des Grundgesetzes könne aber nur „Ultima Ratio“ sein und dürfe nur nach einer intensiven rechtlichen Abwägung in Betracht gezogen werden, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und frühere CDU-Generalsekretär aus Gelnhausen. „Wenn einer zum Beispiel einen rechtsextremen Blog betreibt, wäre aus meiner Sicht zu prüfen, inwieweit der Betreiber des Blogs das Grundrecht der Pressefreiheit verwirkt hat – um so zu verhindern, dass er nach dem Verbot des Blogs weiter im Netz Hass publiziert“, sagte Tauber der „Frankfurter Neuen Presse“.

Viele haben Angst, sich noch einzusetzen

In seinen Social-Media-Kanälen hat Tauber jüngst öffentlich gemacht, welche Beleidigungen und Drohungen ihn nach seiner Forderung erreicht haben – in einem Video zitiert er aus Zugschriften an ihn. Dagegen müsse man sich zur Wehr setzen, schreibt er in seinem Facebook-Post, denn der Hass treffe nicht nur normale Bürger, sondern auch viele normale Bürger, die sich in der Feuerwehr, der Kirche oder der Flüchtlingsarbeit engagieren. „Viele haben inzwischen Angst, sich überhaupt öffentlich für unsere Demokratie oder Vielfalt einzusetzen, da sie dann Opfer von Hass und Wut werden“, schreibt Tauber. „Deren Recht auf Teilhabe am demokratischen Streit wird massiv beschneit. Diese Bürger müssen wir schützen und wir müssen uns wehren.“

Eine kleine Auswahl der Beleidigungen und Drohungen, die Tauber nach eigenen Angaben allein in jüngster Zeit erreicht haben, finden Sie in der roten Fläche auf dieser Seite.



Peter Tauber hat sich nach dem Mord an Walter Lübcke gegen rechte Hetzer gewehrt. Foto: dpa

Sie werden beschimpft, bedroht oder sogar körperlich angegriffen: Immer mehr Lokalpolitiker oder Verwaltungsmitarbeiter erleben, dass die Wut mancher Bürger keine Grenzen mehr kennt. Der Darmstädter Bedrohungsforscher Jens Hoffmann erklärt, warum manchen das Glück der Freiheit gar nicht mehr bewusst ist.

INTERVIEW

Herr Hoffmann, woher kommt dieser Hass, mit dem Amtspersonen und Politiker überzogen werden?

Dieser Hass entwickelt sich schon seit einigen Jahren. Ein Teil der Bevölkerung hegt ein großes Misstrauen gegenüber dem Staat.

Es mag äußere Anlässe geben. Es braucht aber schon einen inneren Antrieb, damit ein Mensch mit Pöbeleien, Drohungen oder gar Gewalt Misstrauen oder Unzufriedenheit ausdrückt.

Wir erleben eine Radikalisierung, die nicht nur politischer Natur ist. Das begann mit dem Auftreten der sogenannten „Reichsbürger“, die dem Staat seine Legitimität absprechen. Und in den sozialen Netzwerken sind mittlerweile Parallelwelten entstanden, in denen es nur noch Schwarz oder Weiß gibt. Hier werden Rechtfertigungen für aggressives Verhalten entwickelt.

Ist der Firnis der Zivilisation so dünn, unter dem sich Menschenverachtung oder blanke Rohheit verbergen?

Tatsächlich kann der Firnis sehr dünn sein. Deshalb ist es wichtig, dass die Gesellschaft ihre Werte verteidigt und ihre Achtung vor anderen Menschen deutlich zum Ausdruck bringt.

Früher waren Polizisten, Feuerwehrleute oder Bürgermeister Respektspersonen, in deren Gegenwart die Bürger auf gutes Benehmen achteten. Heute werden sie von vielen Menschen als Fußballtreter für ihren persönlichen Ärger angesehen. Wie ist dieser Wandel zu erklären?

Es gibt einen Verlust von Respekt vor bestimmten Berufsgruppen – beispielsweise von Rettungskräften. Die wichtige

Funktion dieser Menschen wird gar nicht mehr richtig wahrgenommen. Außerdem: Aggression kann ansteckend sein. Menschen treffen sich zu „Krawall-Events“, wie es sie früher nur am Rande mancher Fußballspiele gab.

Freiheit, Sicherheit: Die Ansprüche der Bürger an den deutschen Staat werden verlässlich eingelöst, die Behörden haben sich von Trutzburgern der Obrigkeit zu Dienstleistern gewandelt. Doch treten ihnen auffällig viele Menschen respektlos, beleidigend, unverschämter oder geradezu aggressiv gegenüber. Überfordert uns die Freiheit?

Die Besonderheit und das Glück der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit sind manchen Menschen gar nicht mehr

bewusst. Und wer dieses Bewusstsein nicht hat, empfindet oftmals nichts dabei, diese Werte zu beschädigen oder einzureißen.

Reden wir von wenigen spektakulären Einzelfällen oder gibt es tatsächlich einen gesellschaftlichen Trend hin zu einem schlechten Benehmen oder zu Aggressivität?

Es gibt immer noch viele Menschen, die höflich und achtsam sind. Aber es gibt auch Gruppen, die sich im Rowdytum verbünden. Das Phänomen ist mit den sozialen Netzwerken entstanden. Früher hätten sich diese Menschen nicht so leicht zusammenfinden können.

Schon Grundschüler berichten von Ausgrenzung, Hänseleien oder ge-

„Du rote Bestie.“

Du bist der Nächste.“

Nicht nur Politikern, sondern auch einfachen Staatsdienern schlägt im Internet oft der blanke Hass entgegen / Der Bedrohungsforscher Jens Hoffmann hat festgestellt: Aggression kann ansteckend sein

„Du bettelst ja geradezu um einen gediegenen Kopfschuss.“

„Du krankes Tier. Es wird allerhöchste Zeit, dich Pestbeule totzuschlagen.“

„Du krebsinfiziertes Stück Scheiße.“

„2015 wird gesühnt, ihr dreckigen Verräter.“

„Die alleinige Verantwortung für die Hinrichtung Lübckes hat Lübcke selber.“



ZUR PERSON

► Dr. Jens Hoffmann

ist Leiter des Instituts für Psychologie und Bedrohungsmanagement in Darmstadt. An der TU Darmstadt hat der Kriminalpsychologe ein wissenschaftliches System zur Risikoabschätzung von Gewalttaten, etwa an Schulen, entwickelt.

Foto: dpa

walttätigen Übergriffen. Wächst hier eine neue, noch aggressivere Generation heran?

Das lässt sich noch nicht vorhersagen. Ich denke, es wird eine größere Spaltung geben. Es gibt junge Menschen, die stark auf das Gemeinwohl achten. Wir erleben sie gerade bei den Protesten gegen die Versäumnisse in der Klimapolitik. Andere wachsen in Familien auf, die sich allein gelassen fühlen und daraus eine Rechtfertigung zur Gewalt ableiten. Kinder werden in unterschiedlicher Weise sozialisiert. Hier spielt die Schule eine wichtige Rolle, um positiv auf Kinder und Jugendliche einzuwirken.

Viele Menschen verspüren Ängste – Zukunftsangst, Verlustangst –

„Du rote Bestie: Du bist der Nächste.“ Dieses und die weiteren Zitate auf dieser Seite erreichten den CDU-Politiker Peter Tauber in den vergangenen Wochen. Er hatte rechte Hetze angeprangert.

und werfen dem Staat daher vor, er lasse sie mit ihren Sorgen allein. Haben wir es verlernt, mit diesen Ängsten richtig umzugehen?

Vielleicht ist das eine Reaktion auf die technische Revolution, die wir gerade erleben. Manche fühlen sich überfordert durch die Digitalisierung, durch die steigende Komplexität, den beschleunigten Wandel. Nicht alle finden sich in diesem veränderten Leben zurecht. Und das kann Angst, Frustration und Wut erzeugen.

Gibt es diese Phänomene auch in anderen Ländern?

Im europäischen Fachverband für Bedrohungsmanagement haben Kollegen aus den Niederlanden und Österreich ähnliche Erfahrungen geschildert.

Wie kann sich die Gesellschaft gegen die zunehmende Verrohung wehren? Und wie können Verwaltungsmitarbeiter oder Politiker vor Hetze, Hass und Übergriffen geschützt werden?

Am besten wäre es, die Anonymität von Aggressoren aufzuheben. Wenn deren Übergriffe folgenlos bleiben und strafrechtliche Verfahren wegen Nichtigkeit eingestellt werden, ist das ein falsches Signal. Wir müssen die Demokratie verteidigen und die Menschen in Ämtern und Behörden schützen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Strafverfolger hier säumig oder nachlässig sind?

Ich denke eher, dass sie mittlerweile von der Häufung der Vorfälle überfordert sind. Wichtig wäre es, dass es bei der Polizei spezielle Ansprechpartner gibt.

Wie können die Betroffenen vorbereitet werden, um mit Bedrohungen umzugehen?

Leiterinnen oder Leiter von Behörden müssen ganz klar signalisieren, dass sie sich verantwortlich fühlen und die Mitarbeiter nicht allein lassen. Sie müssen deutlich machen, dass Bedrohungen nicht hingenommen werden und Angriffe scharfe Konsequenzen haben. Solche Grenzziehungen funktionieren.

Das Interview führte Rainer H. Schlender.

Kommunalpolitiker in Gefahr

Drohungen, Beleidigungen, Angriffe: Wenn Bürgermeister und Funktionäre zur Zielscheibe werden / Viele fühlen sich im Stich gelassen

Von Kristina Dunz, Eva Quadbeck und Klaus Thomas Heck

BERLIN. Unter dem Eindruck des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke rufen Kommunalpolitiker und Vertreter der Zivilgesellschaft, die selbst bedroht werden, zu Zusammenhalt und Unterstützung auf.

Burkhard Jung (SPD), Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, fordert mehr Rückendeckung der Gesellschaft. „Ich wünsche mir, dass bei Gesprächen am Arbeitsplatz und in der Freizeit, in der Schule und in den Vereinen Menschen klar Stellung beziehen, wenn gegen andere Menschen gehetzt wird, wenn rassistische Witze gemacht werden oder eben auch gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gewertet wird. Es sind Ihre Vertreter.“

Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg laut Verfassungsschutzbericht von 2017 auf 2018 um 3,2 Prozent. Die Zahl fremdenfeindlicher Körperverletzungsdelikte kletterte im selben Zeitraum gar um sieben Prozent.

Im Fokus rechtsextremistischer Hetzer, die auf einschlägigen Plattformen im Netz zum Mord aufrufen und teils sogar vorgeben, diesen zu organisieren, stehen neben Jung beispielsweise auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) und der Bürgermeister aus dem sauerländischen Altena, Andreas Hollstein (CDU).

In die Schlagzeilen geriet auch das knapp 3000 Einwohner zählende Tröglitz in Sachsen-Anhalt. 2015 wollte der Burgenlandkreis 40 Flüchtlinge in einem Tröglitzer Wohnhaus unterbringen. Monatelang demonstrierten Tröglitzer Bür-

ger, aber auch die rechtsextreme NPD gegen die Pläne – teilweise sogar vor dem Privathaus des ehrenamtlichen Bürgermeisters Markus Nierrth. Der Theologe gab nach massiven Drohungen schließlich sein Amt auf. „Meine Frau und ich wurden zur persönlichen Zielscheibe“, sagte Nierrth.

Von seinen Mitbürgern, aber auch vom Landrat und den Parteien fühlte er sich im Stich gelassen. Dennoch betonte Markus Nierrth immer wieder, Tröglitz sei kein radikaler Ort, jedoch fehlten die Sozialstrukturen. Dass im Ort 40 Asylbewerber untergebracht werden sollten, hätte anders vorbereitet werden müssen.

„Nach dem politischen Mord an Walter Lübcke habe auch ich wieder Morddrohungen bekommen. Ein Bürgermeister unter Polizeischutz kann aber

sein Amt nicht mehr ausfüllen“, sagte Andreas Hollstein, der 2017 in Altena mit einem 30 Zentimeter langen Messer verletzt worden war. Der Täter begründete die Tat mit Hollsteins liberaler Flüchtlingspolitik. Hollstein: „Ich wünsche mir,

dass die Bürger über die Bedrohung unserer Demokratie sprechen, dass sie sich bewusst machen, was auf dem Spiel steht.“ Betroffen vom Hass sind auch Vertreter der Zivilgesellschaft wie der Vorsitzende des Zentral-

rats der Juden, Josef Schuster, und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek. Dieser beklagt, dass angezeigte Morddrohungen nicht konsequent verfolgt würden. „Ich besitze vier Aktenordner mit eingestellten Verfahren nach Morddrohungen oder anderen relevanten Drohungen gegen mich“, sagte Mazyek, der für einen aufgeklärten Islam steht.

Im Januar habe er eine Morddrohung mit dem Absender „NSU 2.0“ erhalten. Bis heute habe es keine Reaktion von Sicherheitsbehörden gegeben. „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) – so nannte sich die rechte Terrorzelle um Beate Zschäpe, die von 2000 bis 2007 neun Migranten und einen Polizisten ermordet hatte. Ein abschreckendes Beispiel? Offenbar nicht für so manchen, der im World Wide Web und anderswo Hass und Drohungen versprüht.

Pegida-Anhänger rechtfertigen Mord

DRESDEN (dpa). Nach rechtfertigenden Äußerungen von Teilnehmern einer Pegida-Demonstration über die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat sich die Justiz eingeschaltet. Es seien Verfahren gegen Unbekannt wegen der Belohnung und Billigung von Straftaten eingeleitet worden, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden am Freitag. Weitere Straftatbestände würden geprüft. Reporter des ARD-Magazins „Kontraste“ hatten Teilnehmer einer Pegida-Kundgebung nach ihrer Ansicht zum Mord an Lübcke gefragt. Im Vergleich zur links-extremen Gefahr sei ein Mord, „alle zwei, drei Jahre, aus irgendwelchen Hass-Gründen, relativ normal“ so eine Antwort. Ein anderer sagte auf die Frage, ob Mord eine menschliche Reaktion sei: „Ja, wie es in den Wald hinein gerufen wird, so schallt's wieder raus.“